

Danziger Zeitung

№ 18165

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Actienbörse Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3,50 Mk., durch die Post bezogen 3,75 Mk. — Inserate kosten für die siebenzehnstündige gewöhnliche Schriftgröße oder deren Raum 20 Pfg. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1890.

Politische Uebersicht.

Danzig, 27. Februar.

Werthvolle Zugeständnisse.

Die wichtige Erklärung des Ministers Herrfurth in der vorgestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses über den Stand der Vorarbeiten für eine Reform der Landgemeindevorordnung in den östlichen Provinzen verdient besondere Beachtung. In der vorigen Session hatte der Minister, wie erinnerlich, auf eine Anfrage des Abg. Richter die Hoffnung ausgesprochen, daß die Vorarbeiten für eine Reformgesetzgebung auf diesem Gebiete so rasch gefördert werden könnten, daß eine beträchtliche Vorlage in dieser Session an das Abgeordnetenhaus gelangen werde. Vorgestern hat Minister Herrfurth ziemlich unabweisend zu verstehen gegeben, daß vorläufig von einer Reform der Gesetzgebung gänzlich die Rede sein werde, sondern daß die Regierung bemüht sei, auf dem Gebiet der bestehenden Gesetzgebung die vorhandenen Mängel möglichst zu beseitigen. Selbst der nationalliberale Abg. Gombart bezeichnete diese Erklärung als eine in hohem Grade bedauerliche.

Einen höchst bedeutsamen Artikel bringt nun heute in Anknüpfung an Herrfurths Aeußerung die freiconservative „Post“. Das Blatt will zwar die Hoffnung noch nicht aufgeben, daß sich schließlich eine Reform auf dem Wege der Gesetzgebung doch als unerlässlich herausstellen werde, giebt im übrigen aber zu, daß die Aeußerungen des Ministers nicht geeignet seien, hohe Erwartungen zu erwecken. Die Befürchtung liege nahe, daß die innere Gesetzgebung Preussens mehr und mehr verumpfe. Die „Post“ führt für diese ihre Auffassung die Lage der Dinge auf dem Gebiete des Schul- und Wegerrechts, der directen Steuern, der Communal- und Communalsteuerverhältnisse an und sagt:

„Preußen, welches früher seinen Stolz darin setzte, den anderen Staaten Deutschlands und Europas auch auf Gebiete der inneren Gesetzgebung zum Muster und Vorbild zu dienen, sängt an, stark ins Hintertreffen zu geraten. Unser Schul- und Wegerrecht ist bis zur Rechtsunsicherheit verfallen, unsere directen Staatssteuern entsprechen so ziemlich auf der ganzen Linie weder mehr den Anforderungen der Gerechtigkeit noch dem heutigen Stande der Steuertechnik; die Communal- und Communalsteuerverhältnisse liegen unbeskränkt im Argen. Demgegenüber kommen wir keinen praktischen Schritt auf nur einem dieser Gebiete vorwärts.“

Dann giebt die „Post“ der Befürchtung Ausdruck, daß, wenn die bisherige Stagnation in der preussischen inneren Gesetzgebung andauere, die nächsten Landtagswahlen ein ähnliches Resultat liefern würden, wie die neuesten Reichstagswahlen. Nach einem Seitenhieb gegen die „Nordd. Allg. Ztg.“, welche über die Bedeutung der Reichstagswahlen noch kein Urtheil zu haben scheine, fährt die „Post“ fort:

„Wer die Augen nicht absichtlich zumacht, der wird die entscheidende Einwirkung der Fleisch-, Brod- und Branntweinpreise auf den Ausfall der Wahlen nicht bestreiten, die Gefahr der Bildung einer Coalition aller übrigen Interessen gegen den Großgrundbesitz ist durch dieselben deutlich in Erinnerung gebracht. Reformen, welche die Gleichheit der Rechte und Pflichten, wie sie für den Kreis bestehen, auch für die Gemeindeabgaben und Lasten im engeren Sinne gewährleisten, thun uns so dringender Noth; die Stagnation auf diesem Gebiete arbeitet den destructiven Elementen in wirksamer Weise vor und ist der directe Gegensatz gegen eine wirklich staatsverhaltende Politik.“

Es ist bemerkenswerth, daß selbst ein freiconservatives Blatt nicht umhin kann, in dieser Weise den Finger in die Wunde zu legen. Im großen und ganzen wird man der Ansicht der „Post“ nur verpflichtet können. In einem Punkte freilich scheint sie die Lage der Dinge noch etwas zu optimistisch anzusehen, wenn sie meint, das Abgeordnetenhaus in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung biete die Gewähr für die Lösung der in Rede stehenden gesetzgeberischen Aufgaben in gut staatsverhaltendem Sinne. Wenn die Regierung vor einer gesetzgeberischen Reform der Verfassung der Landgemeinden in den östlichen Provinzen und vor einer Incorporation der selbständigen Gutsbezirke in die Gemeinden zurückzukehren, so hat das zum größten Theil wohl seinen Grund gerade darin, daß in dem gegenwärtigen Abgeordnetenhaus die jenseits aus conservativen Großgrundbesitzern bestehenden Elemente, welche Reformen dieser Art seit 1850 auf das entschiedenste bekämpft haben, stark genug sind, die gesetzgeberischen Vorstöße der Regierung zurückzuweisen. Eine Reform der Landgemeindevorordnung in den östlichen Provinzen, welche jetzt von den Freiconservativen und Nationalliberalen verlangt wird, dürfte sich bei dem Ueberwiegen der deutsch conservativen Partei als unausführbar erweisen.

Wer nun aber, fragen wir die Organe der freiconservativen Partei im Hinblick auf diese ihre Betonung der um sich greifenden Stagnation in der preussischen Gesetzgebung im Gegensatz zu einer staatsverhaltenden Politik, treibt wahrhaft staatsverhaltende Politik, die Cartellpartei, die das Heft im Abgeordnetenhaus in der Hand haben und doch „die innere Gesetzgebung Preussens mehr und mehr verumpfen lassen“, oder die Freisinnigen, die sich und frühlich vorwärts streben und nur durch ihre Minderzahl verhindert werden, durch ihre Anregungen dieser Verumpfung ein gründliches Ende zu machen? Die Cartellpartei, welche die Jollpolitik unterstützen, deren verderbliche Wirkungen von der „Post“ selbst ausdrücklich anerkannt werden, oder die Freisinnigen, die sie bekämpfen? Wir meinen, die Antwort hierauf ist nicht schwer.

Fürst Bismarck.

Die „Hamb. Nachr.“ lassen sich aus Berlin melden, die Frage des Austritts des Fürsten Bismarck aus dem preussischen Staatsministerium bezieht sich auf seine Stellung als Reichskanzler sei zwar ventilirt worden, ihre Entscheidung aber vorläufig, d. h. mit Rücksicht auf den Ausfall der Wahlen, vertagt. Ob dies wirklich ganz zutreffend ist? Jedenfalls erregt diese Nachricht um so größere Ueberraschung, als bisher immer nur davon die Rede gewesen ist, und zwar auf Grund einer Aeußerung des Reichskanzlers selbst, daß die Leitung des preussischen Staatsministeriums in andere Hände übergehen werde, ohne daß dadurch der maßgebende Einfluß des Fürsten Bismarck erschüttert werde. So lange es sich nur um diese Erleichterung der Geschäftslast für den Reichskanzler handelte, konnte der Ausfall der Wahlen auf die Neuorganisation der preussischen Geschäfte keinerlei Einfluß ausüben. Die Andeutung, daß unter Umständen auch von dem Rücktritt des Reichskanzlers als solchem die Rede sei, führt zu der Vermuthung, daß tiefer liegende Fragen vorliegen, deren Lösung in dem einen oder anderen Sinn einen Einfluß auf die gesammte Entwicklung der inneren Politik ausüben würde. Vermuthungen in dieser Richtung liegen um so näher, als bekanntlich die „Nordd. Allg. Ztg.“ bis heute noch keinen Anlaß gefunden hat, ihrer Ansicht bezüglich der kaiserlichen Erlasse über die Arbeiterschutzgesetzgebung Ausdruck zu geben.

Stichwahlakt der Nationalliberalen.

Die gestrigen Verhandlungen im Abgeordnetenhaus waren wieder sehr lehrreich. Der Streit über das Eintreten der Nationalliberalen für die Socialdemokraten in mehreren Wahlkreisen gelangte infolgedessen zum Abschluß, als festgestellt wurde, daß die Nationalliberalen im Jahre 1884 thatsächlich für die Socialdemokraten in Hannover und in Aöln gestimmt haben. Das gab der nationalliberalen Abg. Mühsch zu. Und ebenso ist es damals in München, Breslau, Gotha und in Magdeburg geschehen, trotz Herrn Dürres Ablehnung, welche wahrscheinlich noch den Gegenstand weiterer Verhandlungen an der Hand der Wahlstatistik bilden wird. Diese Wahlstatistik zeigt, daß der socialdemokratische Abgeordnete in Magdeburg in der Stichwahl 4200 Stimmen mehr erhielt, als im ersten Wahlgange, wo 8112 St. auf ihn gefallen waren; die Nationalliberalen hatten in diesem 4382 Stimmen. Die Wahlbetheiligung überhaupt stieg bei der Stichwahl nur um 1680 Stimmen. Nimmt man nun an, daß diese Steigerung ausschließlich dem Socialdemokraten zu Gute gekommen wäre — was sicherlich nicht der Fall ist —, so hätte derselbe höchstens 8112 + 1680 = 9792 Stimmen bekommen können; er bekam aber 12.801. Woher kommt der Ueberschuß von ca. 2530 Stimmen? Soviel mindestens haben die Cartellpartei, insbesondere die Nationalliberalen — denn die Conservativen zählten im ersten Wahlgange nur 1092 Stimmen — dem Socialdemokraten zur Verfügung gestellt, um den Freisinnigen zu stützen, ein Mandat, das ja bedauerlicherweise auch gelang, indem Büchtemann wirklich von Heine verdrängt wurde.

Wunderbar ist es zu sehen, wie gestern die nationalliberalen Redner bei dieser Discussion die „nationalliberalen Blätter“ gar nicht kannten. Diese „nationalliberalen Blätter“ waren zu jener Zeit das „erklärte Organ der Partei“, so hieß es in den öffentlichen Anknüpfungen, das auch von dem Ausschusse der nationalliberalen Partei in Hannover officiell den Parteigenossen empfohlen wurde. Und in diesen fand die Empfehlung der Wahl des Socialdemokraten Meißner. Wozu also die Entrüstung, wenn man an solche notorischen Thatsachen erinnert?

Vor allem möge die „Nat.-Ztg.“ von dieser Thatsache Akt nehmen. Sie wird dann vielleicht, sich einer anderen Sprache in ihrem fortgesetzten geschäftigen Werke gegen die Freisinnigen und deren Verhalten bei den Stichwahlen gewöhnten Kampfe bedienen. Das Berliner Blatt, das selbst den Liberalismus hundertmal an die reactionären Conservativen verrathen hat, erkühnt sich zu schreiben:

„In Wahrheit hat man es in dieser ganzen Wahlbewegung auf deutschfreisinniger Seite um die Preisgebung der liberalen Interessen an den Ultramontanismus und um die Preisgebung der Staatsinteressen an die Socialdemokratie zu thun.“

Weiß die „Nat.-Ztg.“ nicht, daß die conservativen und nationalliberalen Vertrauensmänner des Arefes Blefeld beschlossen haben, bei den Stichwahlen für den Candidaten des Centrums zu stimmen? Und soeben lesen wir in Berliner Blättern, daß in Sagan-Sprotau die Nationalliberalen mit dem Centrum gegen den freisinnigen Candidaten Jordanbeck einen Bund für die Stichwahl abgeschlossen haben, was allerdings noch der Bestätigung bedarf. Die „Nationalliberalen Correspondenz“ hebt ferner mit aufrichtiger Befriedigung hervor, daß in denjenigen Kreisen, in denen die Freisinnigen zur Stichwahl mit Socialdemokraten stehen, die Hilfe des Cartells nur unter Zusage von Gegenleistungen erkauf werden könne. Und was meint die „Nat.-Ztg.“ zu den Vorgängen in Erlangen, wo, wie erwähnt, die Nationalliberalen Miene machen, gegen Stauffenberg für Bebel zu stimmen und so das 1884er Beispiel der Nationalliberalen in Magdeburg, Gotha u. s. f. nachzuahmen? Auf wen glaubt die „National-Ztg.“ solchen Dingen gegenüber mit ihren hysterischen Klagen über „Preisgebung der liberalen Interessen“ Eindruck machen zu können? Rehe sie vor der eigenen Thür; sie hat dort wohl schon genug zu thun!

Die Stimmen der Freisinnigen.

1 161 839 freisinnige Stimmen sind nach der amtlichen Statistik abgegeben worden. Die dem Abgeordnetenhaus mitgetheilte Uebersicht ergiebt zwar nur 1 147 868 Stimmen; indeß fehlen darin, wie die „Freis. Ztg.“ dazu bemerkt, die 6127 Stimmen, welche für den freisinnigen Candidaten Stengel im Obenwald abgegeben und irrthümlich in der Nachweisung der conservativen Stimmen verrechnet worden sind. Außerdem fehlen die 7849 freisinnigen Stimmen, welche in Jena auf Wipper abgegeben wurden. Wipper ist zwar ebenso wie Thomsen-Dithmarschen und Cangerfeld-Büchtemann wildliberal, die betreffenden Stimmen aber hätten ebenso wie die Stimmen für Thomsen und Cangerfeld als von Freisinnigen herrührend deren Gesamtstimmzahl zugezählt werden müssen, und die Betreffenden werden zu der Partei die engsten Beziehungen unterhalten.

Bei 7 310 460 abgegebenen Stimmen entfallen auf jeden der 397 Reichswahlkreise 17 411 Stimmen. Hiernach würde die freisinnige Partei bei 161 839 Stimmen einen Anspruch haben auf 18 unter 397 Plätzen im Reichstage. Hoffentlich bestätigen die Stichwahlen annähernd diesen Anspruch.

Die für freisinnige Candidaten abgegebenen Stimmen gehören bis auf einen geringen Bruchtheil der freisinnigen Partei selbst an. Die freisinnige Partei ist im ersten Wahlgange von anderen Parteien nur in einzelnen Kreisen unterstützt worden, und zwar in einzelnen süddeutschen Kreisen von der Volkspartei und in einzelnen Kreisen im westlichen Deutschland von der Centrumpartei. Auf der anderen Seite hat auch die freisinnige Partei vielfach Candidaten der Volkspartei in Süddeutschland und in einzelnen Kreisen Candidaten der Centrumpartei schon im ersten Wahlgange unterstützt. Man kann ungefähr annehmen, daß die Zahl der Stimmen, welche die freisinnige Partei von anderen Parteien erhalten hat, diejenige, welche sie für die Candidaten anderer Parteien abgegeben hat, um etwa 20—30 000 übersteigt. Die Stärke der freisinnigen Partei für sich allein ist daher auf Grundlage der obigen Statistik auf 1 135 000 anzunehmen. Das Plus der Stimmen gegen das Jahr 1887 (945 302) ist in Wahrheit höher als 190 000, da im Jahre 1887 in weit größerem Umfange Stimmen der Centrumpartei, namentlich in Schlesien, für freisinnige Candidaten im ersten Wahlgange abgegeben wurden, als diesmal.

Von den freisinnigen Stimmen sind diesmal auf die bereits im ersten Wahlgange gewählten Abgeordneten gefallen 206 178. Die Zahl der freisinnigen Stimmen, welche nicht verhindern konnten, daß Gegner im ersten Wahlgange gewählt wurden, betrug 322 338; für die in die Stichwahl gelangten freisinnigen Candidaten sind 428 556 freisinnige Stimmen abgegeben worden und für die von der Stichwahl ausgeschlossenen freisinnigen Candidaten 190 791.

Die Gegner haben die freisinnige Partei in der letzten Zeit vielfach verhöhnt und verspottet und als zur Aufhebung zwischen Cartell und Socialisten bestimmt bezeichnet. Die Statistik ergiebt, daß die freisinnige Partei stärker ist, als die conservativ-partei und die freiconservative Partei, der nationalliberalen Partei einschließend der als nationalliberal maskirten conservativen gleichkommt und hinter der statistischen Partei und der Centrumpartei nur wenig zurückbleibt.

Die socialdemokratische Agitation in Berlin.

Von der Gewalt der socialdemokratischen Agitation für die bevorstehenden Stichwahlen in Berlin, die bekanntlich am 1. März stattfinden, läßt sich ein Bild kaum geben. Jeden Tag finden im II., III. und V. Wahlkreise in den größten Sälen Berlins Versammlungen statt. Die Werksstätten- und Hausagitation ist geradezu enorm. Die socialdemokratischen Vertrauensmännerkörper der drei zur Stichwahl stehenden Wahlkreise sind mächtig aus dem IV. und VI. Wahlkreise verstärkt worden; die Arbeiter und kleinen Handwerker, welche im V. Wahlkreise nicht gewählt haben, erhalten Besuche von socialdemokratischen Agitatoren. Wahlsprophezeien über den Ausfall dieser Stichwahlen anzustellen, ist nicht unsere Sache, das scheint aber sicher, daß in allen drei Wahlkreisen die Socialdemokraten ihre Stimmenzahl vermehren werden, ein Sporn mehr für die Freisinnigen, ihrerseits alle Kräfte zusammenzunehmen. — Die vom socialdemokratischen Central-Wahl-Comité ausgegebene Wahlparole für die Stichwahlen hat übrigens den Beifall der radicalen Elemente nicht gefunden. In der socialdemokratischen Versammlung auf Tirol, der ersten nach den Stichwahlen, griffen die bekannten Socialdemokraten Arafse und Baginski diese Wahlparole an, weil sie nicht im Einklang mit den St. Galler Beschlüssen stünde. Diese beiden Redner traten dafür ein, daß überall die Socialdemokraten, wo sich gegenwärtig Parteien gegenüber ständen, Wahlenthaltung üben sollten. Die Mehrzahl der Redner stellte sich jedoch auf den Standpunkt des socialdemokratischen Central-Wahl-Comités, indem sie erklärten, daß diese Parole unter den obwaltenden Umständen die richtige wäre.

Die Vorsitzenden der Gewerbevereine.

In dem vom Bundesrathe angenommenen Gesetzentwurf über die Gewerbevereine ist bekanntlich die Einschüßung derselben und die specielle Regelung ihrer Angelegenheiten den Gemeinden übertragen worden. „Dies konnte jedoch“, bemerken die officiösen „Pol. Nachr.“, „nur in dem Sinne geschehen, daß die letzteren aus besonderen Gründen mit der Wahrnehmung einer Aufgabe betraut werden, welche an sich unabweisend der Epäre staatlicher Thätigkeit anheimfällt. Der

Staat darf sich aber der Sorge für eine ausreichende Rechtspflege jedenfalls nicht in dem Maße entziehen, daß er sich auch jeden Einflusses auf die Bezeichnung der Gewerbevereine bezieht. Kann auch in Bezug auf die Beiziger die nach Lage der Sache mögliche Garantie schon durch die Art ihrer Berufung als geboten angesehen und demzufolge die Thätigkeit der Staatsbehörde hier auf die formelle Prüfung der Gültigkeit der Wahlen beschränkt werden, so verhält sich dies doch in Betreff der Vorsitzenden der Gewerbevereine anders. Die Feststellung der durch das Gesetz für die Mitglieder der Vereine im allgemeinen geforderten Eigenschaften genügt für sie nicht, da diese Eigenschaften die sachgemäße Leitung der Geschäfte noch nicht gewährleisten und Bedenken gegen die Persönlichkeit nicht, wie in Ansehung der Beiziger, dadurch beseitigt werden, daß der Gewählte durch die Wahl als Vertrauensmann der Ständegenossen der einen Partei charakterisirt ist. Das Amt verlangt eine besondere Objectivität des Urtheils nach Seiten beider Parteien, sowie Befähigung für die Leitung der Verhandlungen und den Verkehr mit den Betheiligten. Es ist nicht zu vergessen, daß die Parteien auch gegen ihren Wunsch genöthigt sein werden, die Würdigung ihrer Rechtsansprüche an Stelle des ordentlichen Richters vor dem Gewerbegericht zu suchen, und daß sie deshalb volle Garantie dafür verlangen dürfen, daß die Leitung des Gerichts wirklich in dafür geeignete Hände gelegt wird. Aus diesen Gründen ist es unerlässlich erachten, einer staatlichen Instanz die Prüfung vorzubehalten, ob der Gewählte die für sein Amt erforderlichen Eigenschaften wirklich besitzt, und es wird, wie verlaute, entscheidendes Gewicht darauf gelegt, daß ein staatliches Befähigungsrecht in Bezug auf den Vorsitzenden und dessen Stellvertreter anerkannt werde.“ — Diese Frage bedarf jedenfalls noch sorgfältiger Prüfung.

Frankreich, Belgien und die Berliner Arbeiter-Konferenz.

In der gestrigen Plenarsitzung der republikanischen Deputation gab der französische Ministerpräsident Tirard die Erklärung ab, bezüglich der Berliner Konferenz seien die Unterhandlungen zwischen den einzelnen europäischen Cabineten noch in der Schwebe; diese Frage könne daher gegenwärtig nicht discutirt werden. Wenn die Versammlung anderer Ansicht sei, so würde er sich zurückziehen. Die Versammlung stimmte der Haltung Tirards zu. Im übrigen verlaute in gut unterrichteten Kreisen, daß nunmehr zuerüst eine zustimmende Antwort Frankreichs auf die Einladung zur Theilnahme an der Berliner Konferenz als bevorstehend erwartet wird. Dieselbe dürfte voraussichtlich heute erfolgen.

Im belgischen Senate wurde gestern eine Interpellation des Senators Danput verhandelt, nach welcher Belgien auf der Berliner Konferenz eine allgemeine Abrüstung in Anregung bringen sollte. In Beantwortung derselben erwiderte der Minister des Aeußeren, daß die belgische Regierung, indem sie der hochherzigen Initiative des deutschen Kaisers ihren Beifall zolle und mit größter Bereitwilligkeit die Einladung zur Konferenz angenommen habe, sich die Schwierigkeit der Aufgabe nicht verhehlen könne.

„Wir haben einen gewissen Rückhalt zu beobachten“, erklärte der Minister, „wir haben außerdem noch nicht das Programm der Konferenz erhalten. Was übrigens die Instruktionen anbelangt, die wir unseren Vertretern bei der Konferenz zu geben haben, so können wir uns in dieser Beziehung durchaus nicht auf irgendwelche Erklärungen einlassen.“

Der Senator Ballaur (Einke) billigte die Haltung der Regierung und meinte, daß es Belgien nicht zustehe, eine entscheidende Stellung bei der Konferenz einzunehmen, wie Danput dies wünsche. Danput bedauerte, daß man seine Interpellation abweise. Der Ministerpräsident Bernaert unterbrach den Redner mit der Bemerkung, die Regierung könne augenblicklich auf keine Erklärungen eingehen.

Abgeordnetenhaus.

17. Sitzung vom 26. Februar.
Zur Ergänzung des telegraphischen Berichts in der heutigen Morgen-Nummer lassen wir die Debatte über den letzten Gegenstand der Sitzung folgen:

In Bezug auf die Petition von Lehrern königlicher Gymnasien um Gleichstellung im Gehalte mit den Richtern erster Instanz beantragt die Commission mit Rücksicht auf die bereits auf ähnliche Petitionen in früheren Sessionen gefassten beschließenden Beschlüsse des Hauses und im Hinblick auf die Erklärungen des Cultusministers in der Session des Jahres 1885, wonach dieser Anspruch der Lehrer an sich ein berechtigter sei, und auf die Erklärung des Finanzministers in der laufenden Session, daß eine Erhöhung der Beamtengehälter beabsichtigt sei, über die Petition zur Tagesordnung überzugehen.

Abg. Drame beantragt, die Petition zur Berücksichtigung zu überweisen. Ueber die Sache selbst könne keine Meinungsverschiedenheit bestehen. Nachdem der Cultusminister v. Mühlcr, Falk und Ogler den Anspruch der Lehrer auf Gleichstellung mit den Richtern der unteren Instanz für berechtigt erklärt haben, müsse endlich einmal etwas geschehen.

Abg. Schmeller (nat.-lib.) bestritt die in der Commission geäußerte Meinung, daß die Lehrer früher zur Anstellung gelangten als die Richter. Vielmehr sei die Vorbereitung der Philologen bis zum ersten Examen eine viel längere als die der Juristen. Dazu kämen noch zwei Probejahre für die Lehrer, so daß die Zeit bis zur Anstellungsfähigkeit bei beiden fast gleich sei. Auch in gesellschaftlicher und sozialer Beziehung sei die Frage wichtig.

Abg. v. Bülow (freicons.) erklärt sich für den Commissionsantrag.

Abg. Arendt (freicons.) hält den Beschluß der Commission, der ohne eine eigentliche sachliche Prüfung der Petition zu Stande gekommen sei, für einen Rückschritt gegenüber den früheren Beschlüssen des Hauses. Er sei deshalb für den Antrag Drame.

Abg. Graf Clairon d'Angoulême (conf.) macht darauf aufmerksam, daß der Commissionsbeschuß nur aus Opportunitätsgründen mit Rücksicht auf die beabsichtigten Gehaltserhöhungen gefaßt sei. Im übrigen seien seine Freunde entschlossen für die Wünsche der Deputierten.

Abg. Boediker (Centr.) erklärt sich für den Antrag Dr. Drame. Würden die Gymnasiallehrer besser gestellt, so würden sie sich auch als solche thätig fühlen, während sie sich jetzt häufig nur in dem Gefühl als Reserveoffiziere die Schüler schroff behandeln. Außerdem müßte der Aushaus der Privatstunden wegfallen. Würden die Lehrer besser gestellt, so würde das Gymnasium auch das leisten, was man verlangen kann: einen normalen Schüler in einem Jahre durch die Klasse zu bringen. (Beifall.)

Abg. Graf Eimburg - Stirum (conf.) bestreitet, daß die Thatsache, daß die Lehrer Reserveoffiziere seien, sie veranlasse, die jungen Leute schroff zu behandeln. Das entspreche den Erfahrungen nicht. Im Gegentheil, diejenigen, welche Offiziere gewesen sind, haben die rechte Manier, mit Menschen umzugehen und sich die nötige Autorität zu verschaffen. Sei wirklich einmal ein Reserveoffizier schroff gegen die jungen Leute, so liegt das nicht an seiner Eigenschaft als Reserveoffizier, sondern in seiner Natur. Er wünsche gerade, daß die Lehrer danach streben, Offiziere zu werden. (Sehr richtig! rechts.)

Abg. Boediker (Centr.): Meine Auffassung über die Reserveoffiziere unter den Lehrern beruht auch auf den Mittheilungen älterer Lehrer über jüngere Kollegen; die ersten sind lebhaft, daß die Sentiments, die jene aus ihrem Militärlieben mit herübergebracht, verschwinden mögen.

Die Debatte wird nach dem Antrag Dr. Drame der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen.

Nächste Sitzung: Donnerstag.

Deutschland.

St.-O. Berlin, 26. Februar. Die Verhandlungen der Staatsrathsabtheilungen, welche heute Vormittag 11 Uhr zur Beratung der Arbeiterschutzfragen im Reichsamt des Innern zusammengetreten sind, erstreckten sich bis Nachmittags nach 6 Uhr. An den Verhandlungen nahmen außer dem Fürsten Reichshausen und sämtlichen preussischen Ministern ferner u. a. Theil die Oberpräsidenten Herren v. Sagenbach, Rasse, Städt und v. Sydewitz, der Erzbischof Dr. Arenberg von Köln. Die Beratungen waren nur durch eine ungefähre 1/2 stündige Pause unterbrochen worden. Der Kaiser war bereits um 10 1/2 Uhr Vormittags eingetroffen und verabschiedete sich um 6 1/4 Uhr, während der Fürst Reichshausen das Reichsamt des Innern etwas früher verlassen hatte.

Berlin, 26. Febr. Der Vorstand des Vereins für die bergbaulichen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund hat in einer am 21. d. M. stattgefundenen Sitzung sein Präsidium neu constituirt. Langjähriger erster Vorsitzender des Vereins war bisher Herr Dr. Hammacher. Es war aber längst schon in weiteren Kreisen bekannt, daß Herr Dr. Hammacher sich während des im Mai v. J. ausgebrochenen Streikes der Bergleute mit seinen Ansichten über die Behandlung der Bergarbeiterfrage im Widerspruch mit dem größten Theil der Berg-Verwaltungen befand, und daß diese insbesondere den im Mai seitens des Herrn Dr. Hammacher mit den Delegirten der Bergleute in Berlin gepflogenen Verhandlungen und von ihm abgegebenen Erklärungen nicht zustimmten. — Die Wahl zum ersten Vorsitzenden des bergbaulichen Vereins ist daher auf den Geh. Finanzrath Jendke gefallen, von welchem man überzeugt ist, daß er die Ansichten des bergbaulichen Vereins und seines Vorstandes theilt und zur Geltung bringen wird. [Dring. Carolath] läßt durch die „Post“ erklären, er gehöre der freiconservativen Partei nicht mehr an.

[Der Friedhof der März-Gefallenen im Friedrichshagen] befaßt, wie eine Besichtigung seitens der gesamten Parkdeputation ergeben hat, dringend der Instandsetzung. Es ist daher seitens des Magistrats in Aussicht genommen: ein neues Holzgitter zur Umwehrung, ein neues Guss-eisen-Eingangsthor, die Belegung der Grabreihenwänden mit feinem Rasen, bessere Bewässerung desselben, sowie bessere Möblung, Unterbettung und Entwässerung der Wege innerhalb des Friedhofes. Zu diesem Besuche ist in den neuen Etat pro 1890/91 die Summe von 2032 Mk. eingestellt worden.

[Auswärtige Glückwünsche für die Socialdemokraten.] Dem socialdemokratischen Centralcomité ist anlässlich des Ausfalls der Wahlen Glückwunschkarten seitens des Nationalrats der Arbeiterpartei in Paris zugegangen, ebenso seitens des Vereins rumänischer Socialisten in Paris, ferner seitens der zur Beratung der für den 1. Mai zur Einführung des 8 stündigen Arbeitstages geplanten Manifestationen versammelten Delegirten des internationalen Congresses in Paris und endlich seitens der socialistischen Partei in Dänemark.

[Flurhadenabschätzungen.] Den Regierungen ist eine Verfügung zugegangen, nach welcher die Candoräthe bei den Flurhadenabschätzungen künftighin in der Regel nur zwei Tagelöhner heranzuziehen und von diesem Grunde nur dann abzugehen haben, wenn es sich um Flurhadenabschätzungen außergewöhnlicher Art handelt.

[Roheisenproduction.] Nach den statistischen Ermittlungen des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller belief sich die Roheisenproduction des deutschen Reichs (einschließlich Luxemburgs) im Monat Januar 1890 auf 374 066 Tonnen; darunter Puddelroheisen und Spiegel-eisen 178 913 To., Bessemerroheisen 36 476 To., Thomasroheisen 114 279 To. und Gießereiroheisen 44 398 Tonnen. Die Production im December 1889 betrug 391 523 Tonnen und im Januar 1889 367 111 Tonnen.

Stuttgart, 26. Februar. Der Herzog und die Herzogin von Edinburgh sind heute zu längerem Aufenthalte aus Petersburg hier eingetroffen.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 26. Februar. Das Herrenhaus hat dem Weberkommen zwischen Deutschland und Oesterreich über die wechselseitige Unterstützung kriegsbedingter Seelen seine Zustimmung erteilt. (M. I.)

Peß, 26. Februar. Der Kaiser stattete heute der Familie des Grafen Andrássy einen halbstündigen Besuchsbesuch ab. (M. I.)

Frankreich.

Paris, 26. Februar. In der heutigen Plenarsitzung der republikanischen Deputierten, an welcher 191 Deputierte theilnahmen, waren 5 Minister anwesend. Der Ministerpräsident Tirard wiederholte seine bereits früher hinsichtlich der Zollfrage abgegebenen Erklärungen und betonte, er würde die Interessen des Landes unter Berücksichtigung der durch die Politik gebotenen Nothwendigkeiten im Auge behalten. (M. I.)

Paris, 24. Februar. [Ein Erfolg des Prä-

dentens.] Man schreibt der „Post“: Der junge Orleans hat doch etwas erreicht. Er ist zum ersten Male „Seine Majestät Louis-Philippe-Robert, Herzog von Orleans“ genannt worden, wenn auch nur auf der Rechnung des Reiches, welcher ihm vierzehn Tage lang seine Majestät nach der Conclavergie lieferte. Der Wirth ist freilich nur in den Dreien allerersten Ranges, im übrigen ein gewöhnlicher Marchand de vins, d. h. Schankwirth, da sich überhaupt in der Nähe der Conclavergie kein einziges feines Speisehaus findet. Der Herzog von Orleans wurde Abends bei dem Herzog von Lunnes verabschiedet, als er sich zu Tisch setzen wollte. Der Herzog von Lunnes begleitete ihn, und als der junge Orleans anberthalt Stunden später in die Conclavergie eingeliefert war, eilte er zum nächsten Marchand de vin und bestellte das Beste zu der Majestät. Dieser Wirth hat seither, wenigstens bezüglich der Preise, das Maß gehalten. Ein Ranzinchen ist mit 20, ein Hühnchen mit 25 Frs. angelegt. Eine Artischoke kostet 12, ein Chateaubriand (Art. Beefsteak) 16, eine Seezunge 10, Kalbsbraten 10, ein Hummer 25, Salat 3, eine Ente 25, sechs Aepfel 15, ein Teller Obst 15 Frs. Da der Prinz den Überflüssigen seiner Majestät nicht vertheilen durfte, ging derselbe zu dem Wirth zurück, welcher wohl bebauern dürfte, nicht fortwährend solchen Gast zu haben.

Paris, 26. Februar. Der boulangistische Deputirte Covellet hielt in Limoges bei einem Besuch der dortigen Porzellanfabrik eine Rede, in welcher er sagte, die Boulangisten seien für die Arbeiterklassen in ihrem Kampfe gegen die Bourgeoisie und die Kapitalisten. (M. I.)

St. Etienne, 26. Februar. Wegen Entlassung eines bei den Arbeitern beliebten Ingenieurs fand gestern in den Gruben von Janon eine theilweise Arbeitseinstellung statt. (M. I.)

Spanien.

Madrid, 25. Februar. Der General Chinchilla wurde zum General-Capitän von Cuba ernannt.

Bulgarien.

Sofia, 26. Febr. Der Geburtstag des Fürsten Ferdinand wurde heute festlich begangen.

Griechenland.

Athen, 25. Februar. Der Kronprinz von Italien stattete dem Könige seinen Besuch ab, empfing dessen Gegenbesuch, sowie den Besuch des Kronprinzen und des Prinzen Georg, und dinirte im königlichen Schlosse. Der König verlieh dem Kronprinzen den Groß-Cordon des Erlöser-Ordens.

Amerika.

Washington, 25. Februar. Harold Sewell ist zum Generalconsul von Apic ernannt worden.

Am 28. Februar. Danzig, 27. Febr. M. A. B. Lage, S. A. 655, II 532.

Weiterausichten für Freitag, 28. Februar, auf Grund der Berichte der deutschen Seemarine, und zwar für das nordöstliche Deutschland: Vorwiegend trübe, im Binnenlande meist schwache, an den Küsten vielfach frische bis starke Winde. Temperatur im Binnenlande sinkend, an den Küsten steigend.

Für Sonnabend, 1. März: Meist trübe bei schwachen bis frischen Winden. Vielfach Niederschläge. Fast überall wärmer.

[Von der Weichsel.] Gestern Abend ist mit lebhaftem Schneesturm noch einmal etwas Winter eingekehrt, der auf der Weichsel wieder Schmelze in größerer Menge erzeugt hat. Die Eisbrecher haben aber schon die über Dirschau hinaus die neue Eisdecke gesprengt, so daß das Eiselbier glatten Abzug hat. An der Rogat stehen die Ueberfälle besonders an den Stellen stark Wasser in die Einlage, die tief ausgerissen sind. Jetzt ist das Außenland schon unter Wasser.

[Eine regelmäßige Schiffsahrt] auf der Weichsel wird nach der „Th. O.“ mit Eröffnung der diesjährigen Schiffsahrt durch ein Werksauer Unternehmen zwischen Thorn - Warschau und umgekehrt eingerichtet werden.

[Dampfbootfahrt.] Die regelmäßige Dampfbootverbindung zwischen hier und Neufahrwasser soll morgen, falls nicht inzwischen aufs neue scharfer Frost eintritt, wieder aufgenommen werden. Die Dampfer werden dann von 6 Uhr Morgens bis 6 Uhr Abends stündlich fahren.

[Der kaufmännische Verein von 1870] hatte gestern einen Herren-Abend veranstaltet. Die Rederlei des Vereins, unter Direction des Hrn. Musikdirector Jöke, erfreute die große Anzahl der erschienenen Theilnehmer durch mehrere schwingvoll vorgebrachte Quartette, die in Reih und Glied nichts zu wünschen übrig ließen. Eine humoristische Ansprache des Vorsitzenden Hrn. Haak, sowie eine Reihe von Gesangs- und declamatorischen Vorträgen hielten die Erscheinenden bis gegen Mitternacht beisammen. Eine amerikanische Auction zum Besten des Hausbaus wurde ebenfalls ein erheblicher Ertrag.

[Sonntags.] Der vierte Bezirksfest des Verbandes westpreussischer Bau-Innungen wird am 9. und 10. März hier selbst in den oberen Räumen des Friedrich-Wilhelm-Schützenhauses stattfinden.

[Centralverein westpreussischer Landwirthe.] Die heutige Generalversammlung wurde bald nach 12 Uhr im großen Saale des Gemeindefaßes von dem Vorsitzenden v. Puthamer eröffnet, welcher zunächst des Gedeihens der Kaiserin Augusta gedachte und dann mit einem Hoch auf den Kaiser die Verhandlungen einleitete. Erster Gegenstand der Tagesordnung war ein Vortrag des Herrn v. Graf-Alman über die Association des landwirthschaftlichen Kornangebots durch Errichtung von Silospettern und Elevatoren. Der Referent wies zunächst darauf hin, daß allerdings auf die Bildung des Preises organische Kräfte einwirkten, daß aber die Richtung der Preise durch das Großkapital mit bestimmung werde. Der Landwirth müsse jetzt mit diesen fiktiven Preisen rechnen, aber das sei noch nicht der einzige Nachtheil. Wenn der Kleinbändler z. B. in Schläme Korn kaufe, so zahle er nicht einmal die Stettiner Marktpreise, sondern zehle noch die entstehenden Transportkosten ab. Es sei eine Thatsache, daß bei uns im allgemeinen die 6.-8. Bodenklasse nicht mehr productionsfähig sei. Man dürfe allerdings den Zwischenhandel, dessen Lage in Folge der Zölle eine sehr schlimme sei, hierfür nicht allein verantwortlich machen. Wer handle, wolle verdienen, und die Landwirthe ermöglichen den Verdienst hauptsächlich durch ihr kritisches Verkaufen des Getreides kurz nach der Ernte. Dazu komme noch der weitere Umstand, daß unser Getreide nicht marktfähig sei, also keinen Standard habe. Westpreussischer Roggen werde in Mannheim 15-20 Mk pro To. geringer bezahlt, und deshalb sei der Export des Getreides nach dem Rhein sehr gering. Es müßte demnach zuerst dieser Uebelstand beseitigt werden. Durch längeres Lagern und durch Mischen könne man dies allerdings erreichen, aber nie in dem Maße, wie in den großen ausländischen Produktionsgebieten. Hier sei auf das Beispiel unseres größten Concurrenten Amerika zurückzugreifen. Wenn die Amerikaner nicht diese wunderbaren Einrichtungen besäßen, würden wir die amerikanische Production nicht zu befürchten haben. Vor allem seien unter diese Einrichtungen die Silos zu rechnen (von denen wir bereits in unseren landwirthschaftlichen Correspondenzen eine eingehende Beschreibung gegeben haben. D. R.). Die Reichsbank werde sicher das lagende Getreide unter günstigen Bedingungen lombardiren und günstige Tarife würden dann die Landwirthe in den Stand setzen, ihr Getreide auf dem kürzesten und billigsten Wege dahin zu schicken, wo es am besten verwertet werden könne. — Herr Mühlensberger Bergmann erinnerte daran, daß unser Getreide so schlecht sei, daß es zum Theil garnicht einmal in Silos gelagert werden könne. Aus seiner geschäftlichen Praxis bestätigte er ferner, daß unser Getreide am Rhein fast garnicht zu verwerthen sei. Nach der Reichskassette würden in Deutschland 77 000 To. Roggen über den Verbrauch producirt, wie wolle man die Lagerung dieses Getreides, das meistens zum Export nicht geeignet sei, bewerkstelligen? Referent v. Graf gab die geringere Qualität des hiesigen Getreides zu, suchte aber darzulegen, daß gerade durch die Errichtung von Silos dem hiesigen Getreide Standard verliehen werden solle, da in den Silos sogar nasses Getreide gelagert und umgearbeitet werden könne.

Hierauf referirte Herr Candrath Delbrück-Tuchel über die Frage, wie sich der Landwirth zu dem Entwurf eines billigeren Getreides für das deutsche Reich stellen solle. Auf den die verschiedenen rechtlichen Gesichtspunkte näher beleuchtenden Vortrag specieller einzugehen, müßten wir uns mit Rücksicht auf Zeit- und Raumverhältnisse verjagen. Der Vortragende glaubt, daß der Landwirth an der Heranführung des mobilen Kapitals, welche das neue Getreide anstrebe, kein Interesse habe, da Kapital zu dauernder Beilegung reichlich vorhanden sei und das Angebot in den nächsten Jahren noch steigen werde. Auch mit der Möglichkeit, sein Grundstück möglichst leicht in mobiles Kapital umzuwandeln, sei dem Landwirth sehr wenig gebiet, viel wichtiger sei ihm ein gesunder Personalcredit, der aber durch den Entwurf geradezu verringert werde. Der Vortragende kam schließlich zu dem Ergebnis, daß der Entwurf für die Landwirthschaft nicht günstig sei. Die Ausführungen des Referenten fanden die allgemeine Zustimmung der Versammlung. (Die Verhandlung dauert bei Schluß des Blattes noch fort.)

M. [Zusammenfassung der Verhandlungen.] Zu einer Sections-Versammlung waren zu gestern Nachmittag die Genossenschafts-Mitglieder der Zuhörers-Berufs-Genossenschaft im Lokale des Gesellschaftshauses, Heil. Geistgasse 107, vom Vorstehenden Hrn. J. A. Böhmeyer eingeladen. Schon Vormittags 11 Uhr fand, zur Vorbereitung der 13 zur Erledigung kommenden Punkte, eine Vorstands-Sitzung statt. Es waren anstalt 5 nur 3 Herren dazu erschienen, und zwar: Herr Böhmeyer, Herr Spediteur Meyer jun. und Herr Posthalter Thiel aus Christburg. Nach Kenntnisaufnahme des Verwaltungsraths- und Rechnungsraths-Berichts wurde der Etat pro 1890 festgestellt. Es mußte seitens der erschienenen Herren constatirt werden, daß, obgleich diese Berufs-Genossenschaft eine der theuersten ist, die Genossenschafts-Mitglieder leider noch immer eine große Laune auf den Tag legen. Würde mehr Energie sowohl von den Vertrauensmännern, als auch von den Mitgliedern selbst entwickelt, dann würde so mancher Betrieb in der Provinz noch herangejogen werden können und die Abgaben jedes Einzelnen würden demnach geringer werden. Am Nachmittage war die Beibehaltung auch eine sehr geringe, da im ganzen nur 23 Mitglieder zur Generalversammlung erschienen waren, welche 61 Stimmen repräsentirten. Bei der vollzogenen Wahl wurde zum Delegirten und Sectionsvorsitzenden Hr. Hermann Brandt gewählt. Im Vorstande verblieben die Herren Meyer jun. hier und Thiel-Christburg. Für ausstehende auswärtige Vertrauensmänner wurden mit vieler Mühe neue ausgewählt. Zur Inspection und zu Genossenschafts-Mittheilungen wird von nun auch außer der Fachzeitschrift „Derbergsgewerbe“ das Fachblatt „Führer“ benutzt werden.

[Gesamte Verhandlung.] Unter dem Vorstich des Herrn Landgerichtsdirector Mitz fand heute Nachmittag auf dem hiesigen Gerichtshof eine Verhandlung über die Strandung des Danziger Barkschiffes „St. Christoph“ statt, welche am 5. Jan. cr. an der südlichen schwebeligen Küste bei Alyus erfolgte. — Herr Geh. Commerzienrath Gubione, welcher als Rheder zunächst vernommen wurde, gab an: Die letzte Reparatur, welche das Schiff erhalten hat, ist im December v. J. geschehen. Reparatur incl. Ausbesserung kostete ca. 11 000 Mk. Diese Reparatur erstreckte sich lediglich auf den Theil über Wasser; es war die Ansicht, daß das Schiff von Bordenau nach Gdansk gehen, dort gedockt, unter Wasser gedichtet und von neuem klassificirt werden sollte. Weder Schiff noch Fracht waren versichert. Das Schiff befand sich vor seinem Ausgehen am 3. Januar cr. in recht gutem Zustande. Capitän Aleemann, welcher den „St. Christoph“ seit Mai 1888 führt, steht seit 1879 im Dienst der Danziger Schiffsfahrts-Aktiengesellschaft. Seine Schiffsführung hat bisher nie zu Klagen Veranlassung gegeben. Nachdem die Strandung sich ereignet hatte, erhielt Hr. Gubione, daß der Capitän in der Zeit, als er das Schiff beladen, verabschiedet angetrunken gewesen sein soll, jedoch hat der Rheder selbst nichts davon wahrgenommen. — Herr Capitän Aleemann (38 Jahre alt, geboren in Danzig) äußerte sich dahin: Im December v. J. nahm das Schiff 184 937 Stück eigene Güter, die ein Gewicht von 947 Tons hatten, ein, um nach Bordenau zu gehen. Die ganze Ladung war im Raum gestaut. Der Tiefgang betrug hinten 16' 5" und vorne 18' im beladenen Zustande. Am 3. Januar Vormittags wurde von Neufahrwasser aus die Reise angetreten, um 8 Uhr Abends Righoff passirt. Um 12 Uhr Nachts gab der Capitän Befehl, W.M. zu steuern, und ging dann zur Ruhe. Am 4. Januar wurde beim Abgehen der Distanz auf der Karte ein Fehler gemacht, indem der Capitän ca. 15-16 M. zu wenig abgelassen ausführte. Er glaubte bei Bornholm zu sein, wobei er aber den ganzen Lauf während einer Woche (4 Stunden) nicht in Anrechnung brachte, denn thatsächlich befand er sich an der südlichen Küste von Schweden. In diesem Irrthum wurde fälschlich ein nördlicher Cours gesteuert. Die Luft war dick und der Capitän hat sich darin getäuscht, daß das Schiff sich dem Lande näherte, während er voraussetzte, daß es sich vom Lande entfernte. Der Capitän verließ nunmehr seine Waage, nachdem er den Befehl gegeben, nördlich zu steuern, und begab sich in seine Kajüte. Um 3 Uhr Mittags übernahm der Steuermann die Waage. Während der Capitän unten in der Kajüte schlief, bemerkte er, daß das Schiff den Boden berührte. Er jagte sich in Deck und gab nun den Befehl, einen westlichen Cours zu steuern, was auch geschah. Bald darauf ließ das Schiff wieder auf, und nun will Capitän Aleemann so erschröck gewesen sein, daß er nicht mehr wußte, was er gethan hat. Er ging in die Kajüte und mag nun wohl stark getrunken haben, so daß er besinnungslos war, wie er selbst zugab. Diese Besinnungslosigkeit währte mehrere Tage und das Bewußtsein kehrte erst wieder zurück am 27. Januar, als Herr A. aus dem Lazareth zu Carlskrona entlassen wurde. Als das Schiff Neufahrwasser verließ, nahm der Capitän 30 Liter Branntwein und 12 Flaschen Ciqueur für die Kajüte mit. Von den 30 Litern Branntwein wurde nichts getrunken, von dem Ciqueur trank der Capitän und der Steuermann. Am 5. Januar waren mehrere Flaschen bereits geleert.

Der Steuermann Richard August Borowski (28 Jahre alt, in Odra wohnhaft) giebt an, daß er seit dem 27. December v. J. Steuermann aus dem Schiffe war, und bemerkt, daß das Schiff gut ausgerüstet war. In Neufahrwasser wurden im ganzen 5 Fässer Branntwein von zu ammen ca. 65 Liter eingenommen und in der Kajüte verkauft, auch waren daselbst mehrere Flaschen Ciqueur aufbewahrt. Nach der Strandung hat er mehrere leere Ciqueurflaschen gesehen. Ob dieselben aber auf dieser Reise geleert worden, weiß er nicht. Bis zum 5. Januar Mittags hat er den Capitän nicht angetrunken gesehen, er sprach verständlich und alle seine Handlungen waren logisch richtig. Das Journal hat bis zum 5. Januar Mittags der

Capitän selbst geführt. Der Capitän sagte ihm die Stelle auf der Karte, wo das Schiff sich seiner Meinung nach am 4. Januar Mittags befand. Als er am 5. Januar Mittags die Waage übernahm, erklärte ihm der Capitän, das Land, welches sichtbar war, sei die Insel Bornholm. — Der Matrose Schibbe, welcher den Ausguck hatte, kam noch am Mittag in die Kajüte und meldete, daß das Schiff gerade auf Land laufe, worauf der Capitän den Cours nördlich steuern ließ, weil er glaube, daß das Schiff südlich Bornholm sei, und er äußerte, daß er nördlich steuern müßte, um um die Spitze von Bornholm zu kommen, dann müßte wieder N.-N.-W. gesteuert werden. Der Steuermann fragte den Capitän, ob er nicht solchen sollte, worauf der Capitän bemerkte, ob er „nicht normal“ wäre? — „Land in Sicht und dann noch solchen!“ Die Entfernung des Landes müsse man schätzen. Der Steuermann ließ hierauf, als er sich allein befand, N.-O. vom Lande ab steuern. Bald darauf berührte das Schiff den Grund, was er dem Capitän meldete. Die Segel wurden gebracht. Der Capitän ließ wenden, ohne auf die Gegenverstellungen des Steuermanns zu hören, schickte ihn vielmehr nach dem Vorderdeck. Das Schiff ließ wieder auf, kam jedoch wieder los, und nun befahl der Capitän, ganz westlich zu steuern, also direct gegen die Anordnungen des Steuermanns. Jetzt ließ das Schiff zum dritten Male auf und blieb liegen. Dem Steuermann schen der Capitän damals nachhaken zu sein. Der Capitän ging nun in die Kajüte und der Steuermann ließ alle Segel ausfallen. Bald darauf kam ein Boot mit 300 oder 400 Steuerbeamten an Bord. Einige Zeit nachher kam der Capitän mit einer Flasche an Bord, gab den Leuten Branntwein zu trinken und befahl, die Bütte auszuheben, was auch geschah. Der Capitän bestimmte nun, die Leute sollten an Bord gehen. Bei diesen Anordnungen war der Capitän betrunken. Der Steuermann glaubte aber doch seinen Befehlen Folge leisten zu müssen, zumal die Matrosen ihm erzählten, daß der Capitän mit einem Revolver in der Kajüte saße und heimer mehr zu ihm kommen dürfe. Hierauf wurde das Schiff von der ganzen Mannschaft verlassen, nur Capitän Aleemann und ein schwedischer Zollbeamter blieben an Bord. Am nächsten Tage fuhren der Steuermann und ein Theil der Mannschaft an Bord, fanden aber wieder den Capitän betrunken und unzurechnungsfähig. Man suchte ihn zu überreden, vom Schiff zu gehen, er lehnte das aber ab und behauptete die Mannschaft mit dem Revolver. Den Leuten schenkte er Siquin und einen Rafe. Am 7. Januar fuhr der Steuermann wieder mit der Mannschaft an Bord und fand den Capitän noch immer betrunken. Jetzt wurde die Intervention des Consuls angerufen und das Schiff durch einen Bergungsdampfer nach Carlskrona gebracht. Die Ladung wurde in Carlskrona auf den Dampfer „Mawha“ übernommen und das Schiff für 27 500 Mark verkauft, worauf die Mannschaft am 5. Februar entlassen wurde. Ferner ist noch zu bemerken, daß am Strandungstage neblig Wetter war, der höher gelegene Theil des Landes konnte aber gesehen werden.

(Die Verhandlung war bis 3 Uhr noch nicht beendet.)

* [Conspiration der Eisenbahnbillets.] Wie verlautet, hat der Minister der öffentlichen Arbeiten die künftigen Eisenbahn-Directionen aufgefordert, sich gütlich zu äußern, wie das Couptren der Fahrkarten während der Fahrt vertrieben werden könnte.

* [Berufsgenossenschaftliches Schiedsgericht.] Heute trat hier wieder das Schiedsgericht der norddeutschen Holz-Berufsgenossenschaft (Section I) zu einer zweitägigen Sitzung zusammen, bei welcher die Genossenschaft durch ihren Geschäftsführer vertreten ist. — Zur Verhandlung gelangten heute folgende sechs Fälle:

1) Der erste Fall betraf die Klage des Arbeiters Georg Rautschies, welcher am 25. October 1888 im Betriebe der Herren Masbuchi u. Bräude in Rugh in Ostpr. verunglückte. Er zog sich hierbei eine Verrenkung des linken Hüftgelenkes zu. Die Genossenschaft schickte ihn für ihre Rechnung nach der Königsberger Klinik, wo eine Wiedereinrichtung des Hüftgelenkes stattfinden sollte, was jedoch nicht gelang. Es wurde ihm darauf von der Genossenschaft 100 Procent des Arbeitsverdienstes als Rente bewilligt, diese später, als er sich mehr und mehr an seinen Zustand gewöhnt und dieser sich auch gebessert hatte, auf 80 Proc. herabgemindert. Hiergegen klagte B. und es wurde ihm heute durch den Spruch des Schiedsgerichts wieder die volle Rente gewährt.

2) Der Arbeiter Karl Hahz zu Roskopsch verunglückte am 14. Februar 1889 im Betriebe des Herrn D. Hermann in Blaliken. Er ritzte sich beim Gehen auf den Mittelfinger der linken Hand. Durch seine Schuld kam Blutvergiftung hinzu, so daß der Finger amputirt werden mußte. Es wurden ihm von der Genossenschaft für diesen Verlust 15 Procent bewilligt, wogegen er die Entscheidung des Schiedsgerichts antrief. Es trat in diesem Falle Verlegung ein.

3) Am 27. December 1888 erlitt im Betriebe der Herren E. u. M. Schlegel in Cyprien der Arbeiter Andreas Berch eine Quetschung der linken Hüfte. Die eingeleitete ärztliche Untersuchung ergab, daß Berch ganz erwerbsunfähig sei, und es wurden ihm von der Genossenschaft 100 Procent des Arbeitsverdienstes als Rente bewilligt. Mit der Festsetzung des Procentfußes einverstanden, legte er jedoch gegen die Feststellung des Jahresarbeitsverdienstes, welcher bei Berechnung seiner Rente zu Grunde gelegt worden ist, Berufung beim Schiedsgericht ein. Auch diese Sache wurde vertagt, um festzustellen, welcher Art ein bereits vorher eingetretener Unfall, der den Gebrauch des rechten Armes verhindert, gewesen sei.

4) Der Arbeiter Ludwig Runde in Teerberg brach am 22. Januar 1888 den linken Unterschenkel beim Herausgehen von Rundholz auf die Schneemühle. Nachdem ihm von der Genossenschaft nach erfolgter Heilung verschiedene Procentfüße des Arbeitsverdienstes als Entschädigung bewilligt, wurde bei der letzten ärztlichen Untersuchung eine so erhebliche Besserung constatirt, daß die Rente auf 25 Procent herabgemindert wurde, wogegen er ebenfalls klagte. Der Kläger wurde aber abgewiesen.

5) Die Arbeiterin Minna Seigls zu Hag. Schmetz verletzten sich am 20. Mai 1889 den rechten Daumen. Beim Beginn der 14. Woche war die Heilung vollendet und nur eine mäßige Steifheit im ersten Gelenk zurückgeblieben. Nach diesem ärztlichen Befund wurden ihm von der Genossenschaft 25 Procent Rente bewilligt, womit sie nicht zufrieden war. Das Schiedsgericht sprach ihr denn auch eine Erhöhung der Rente um 10 Procent zu.

6) Der letzte Fall, die Klage des Tischlergehilfen Joseph Feinrich, lag bereits am 4. November 1887 dem Schiedsgericht zur Entscheidung vor. Es wurden damals dem Kläger vom Schiedsgericht 65 Procent Rente bewilligt. In den 2 1/2 Jahren hat sich aber der Zustand der l. verletzten linken Hand bedeutend gebessert, weshalb die Genossenschaft ihm die Rente um 10 Procent kürzte. Er klagt nun abermals das Schiedsgericht an, welches die Rente auf 60 Procent erhöhte.

* Ein schwerer Unglücksfall hat sich am Sonntag Nachmittag auf dem frischen Haff ereignet. Beim Schiffschlaufen gerietten drei Anaben, im Alter von 15, 14 und 11 Jahren, aus dem Dorfe Apornow (Kreis Fischhausen) in eine offene Stelle und ertranken. Vorgefunden wurden nach längerem Suchen zunächst die Mützen derselben an der offenen Stelle gefunden, und es gelang auch bald, die Leichen aus dem Wasser zu ziehen.

Sitzung, 26. Febr. Auf der Schiffschlaufen Verste wurde heute Nachmittag die Maschine in das deutsche Zorpedboot 350 eingesetzt. Das Jubiläumsboot, das sonach seiner Vollendung entgegengeht, wurde aus dieser Veranstaltung festlich geschmückt. (M. I.)

* Dem Bankier Wessphal zu Stolp ist der Charakter als Commerzienrath verliehen worden.

* Adolphsbach, 26. Februar. Der hiesige conservative Wahlschluß hatte bekanntlich eine Erklärung veröffentlicht, welche dahin ging, daß er für die bevorstehende Stichwahl zwischen dem social-

democraticen Kandidaten Dr. Drame die Wahl abzugeben. Der Capitän sagte ihm die Stelle auf der Karte, wo das Schiff sich seiner Meinung nach am 4. Januar Mittags befand. Als er am 5. Januar Mittags die Waage übernahm, erklärte ihm der Capitän, das Land, welches sichtbar war, sei die Insel Bornholm. — Der Matrose Schibbe, welcher den Ausguck hatte, kam noch am Mittag in die Kajüte und meldete, daß das Schiff gerade auf Land laufe, worauf der Capitän den Cours nördlich steuern ließ, weil er glaube, daß das Schiff südlich Bornholm sei, und er äußerte, daß er nördlich steuern müßte, um um die Spitze von Bornholm zu kommen, dann müßte wieder N.-N.-W. gesteuert werden. Der Steuermann fragte den Capitän, ob er nicht solchen sollte, worauf der Capitän bemerkte, ob er „nicht normal“ wäre? — „Land in Sicht und dann noch solchen!“ Die Entfernung des Landes müsse man schätzen. Der Steuermann ließ hierauf, als er sich allein befand, N.-O. vom Lande ab steuern. Bald darauf berührte das Schiff den Grund, was er dem Capitän meldete. Die Segel wurden gebracht. Der Capitän ließ wenden, ohne auf die Gegenverstellungen des Steuermanns zu hören, schickte ihn vielmehr nach dem Vorderdeck. Das Schiff ließ wieder auf, kam jedoch wieder los, und nun befahl der Capitän, ganz westlich zu steuern, also direct gegen die Anordnungen des Steuermanns. Jetzt ließ das Schiff zum dritten Male auf und blieb liegen. Dem Steuermann schen der Capitän damals nachhaken zu sein. Der Capitän ging nun in die Kajüte und der Steuermann ließ alle Segel ausfallen. Bald darauf kam ein Boot mit 300 oder 400 Steuerbeamten an Bord. Einige Zeit nachher kam der Capitän mit einer Flasche an Bord, gab den Leuten Branntwein zu trinken und befahl, die Bütte auszuheben, was auch geschah. Der Capitän bestimmte nun, die Leute sollten an Bord gehen. Bei diesen Anordnungen war der Capitän betrunken. Der Steuermann glaubte aber doch seinen Befehlen Folge leisten zu müssen, zumal die Matrosen ihm erzählten, daß der Capitän mit einem Revolver in der Kajüte saße und heimer mehr zu ihm kommen dürfe. Hierauf wurde das Schiff von der ganzen Mannschaft verlassen, nur Capitän Aleemann und ein schwedischer Zollbeamter blieben an Bord. Am nächsten Tage fuhren der Steuermann und ein Theil der Mannschaft an Bord, fanden aber wieder den Capitän betrunken und unzurechnungsfähig. Man suchte ihn zu überreden, vom Schiff zu gehen, er lehnte das aber ab und behauptete die Mannschaft mit dem Revolver. Den Leuten schenkte er Siquin und einen Rafe. Am 7. Januar fuhr der Steuermann wieder mit der Mannschaft an Bord und fand den Capitän noch immer betrunken. Jetzt wurde die Intervention des Consuls angerufen und das Schiff durch einen Bergungsdampfer nach Carlskrona gebracht. Die Ladung wurde in Carlskrona auf den Dampfer „Mawha“ übernommen und das Schiff für 27 500 Mark verkauft, worauf die Mannschaft am 5. Februar entlassen wurde. Ferner ist noch zu bemerken, daß am Strandungstage neblig Wetter war, der höher gelegene Theil des Landes konnte aber gesehen werden.

(Die Verhandlung war bis 3 Uhr noch nicht beendet.)

* [Conspiration der Eisenbahnbillets.] Wie verlautet, hat der Minister der öffentlichen Arbeiten die künftigen Eisenbahn-Directionen aufgefordert, sich gütlich zu äußern, wie das Couptren der Fahrkarten während der Fahrt vertrieben werden könnte.

* [Berufsgenossenschaftliches Schiedsgericht.] Heute trat hier wieder das Schiedsgericht der norddeutschen Holz-Berufsgenossenschaft (Section I) zu einer zweitägigen Sitzung zusammen, bei welcher die Genossenschaft durch ihren Geschäftsführer vertreten ist. — Zur Verhandlung gelangten heute folgende sechs Fälle:

1) Der erste Fall betraf die Klage des Arbeiters Georg Rautschies, welcher am 25. October 1888 im Betriebe der Herren Masbuchi u. Bräude in Rugh in Ostpr. verunglückte. Er zog sich hierbei eine Verrenkung des linken Hüftgelenkes zu. Die Genossenschaft schickte ihn für ihre Rechnung nach der Königsberger Klinik, wo eine Wiedereinrichtung des Hüftgelenkes stattfinden sollte, was jedoch nicht gelang. Es wurde ihm darauf von der Genossenschaft 100 Procent des Arbeitsverdienstes als Rente bewilligt, diese später, als er sich mehr und mehr an seinen Zustand gewöhnt und dieser sich auch gebessert hatte, auf 80 Proc. herabgemindert. Hiergegen klagte B. und es wurde ihm heute durch den Spruch des Schiedsgerichts wieder die volle Rente gewährt.

2) Der Arbeiter Karl Hahz zu Roskopsch verunglückte am 14. Februar 1889 im Betriebe des Herrn D. Hermann in Blaliken. Er ritzte sich beim Gehen auf den Mittelfinger der linken Hand. Durch seine Schuld kam Blutvergiftung hinzu, so daß der Finger amputirt werden mußte. Es wurden ihm von der Genossenschaft für diesen Verlust 15 Procent bewilligt, wogegen er die Entscheidung des Schiedsgerichts antrief. Es trat in diesem Falle Verlegung ein.

3) Am 27. December 1888 erlitt im Betriebe der Herren E. u. M. Schlegel in Cyprien der Arbeiter Andreas Berch eine Quetschung der linken Hüfte. Die eingeleitete ärztliche Untersuchung ergab, daß Berch ganz erwerbsunfähig sei, und es wurden ihm von der Genossenschaft 100 Procent des Arbeitsverdienstes als Rente bewilligt. Mit der Festsetzung des Procentfußes einverstanden, legte er jedoch gegen die Feststellung des Jahresarbeitsverdienstes, welcher bei Berechnung seiner Rente zu Grunde gelegt worden ist, Berufung beim Schiedsgericht ein. Auch diese Sache wurde vertagt, um festzustellen, welcher Art ein bereits vorher eingetretener Unfall, der den Gebrauch des rechten Armes verhindert, gewesen sei.

4) Der Arbeiter Ludwig Runde in Teerberg brach am 22. Januar 1888 den linken Unterschenkel beim Herausgehen von Rundholz auf die Schneemühle. Nachdem ihm von der Genossenschaft nach erfolgter Heilung verschiedene Procentfüße des Arbeitsverdienstes als Entschädigung bewilligt, wurde bei der letzten ärztlichen Untersuchung eine so erhebliche Besserung constatirt, daß die Rente auf 25 Procent herabgemindert wurde, wogegen er ebenfalls klagte. Der Kläger wurde aber abgewiesen.

5) Die Arbeiterin Minna Seigls zu Hag. Schmetz verletzten sich am 20. Mai 1889 den rechten Daumen. Beim Beginn der 14. Woche war die Heilung vollendet und nur eine mäßige Steifheit im ersten Gelenk zurückgeblieben. Nach diesem ärztlichen Befund wurden ihm von der Genossenschaft 25 Procent Rente bewilligt, womit sie nicht zufrieden war. Das Schiedsgericht sprach ihr denn auch eine Erhöhung der Rente um 10 Procent zu.

6) Der letzte Fall, die Klage des Tischlergehilfen Joseph Feinrich, lag bereits am 4. November 1887 dem Schiedsgericht zur Entscheidung vor. Es wurden damals dem Kläger vom Schiedsgericht 65 Procent Rente bewilligt. In den 2 1/2 Jahren hat sich aber der Zustand der l. verletzten linken Hand bedeutend gebessert, weshalb die Genossenschaft ihm die Rente um 10 Procent kürzte. Er klagt nun abermals das Schiedsgericht an, welches die Rente auf 60 Procent erhöhte.

* Ein schwerer Unglücksfall hat sich am Sonntag Nachmittag auf dem frischen Haff ereignet. Beim Schiffschlaufen gerietten drei Anaben, im Alter von 15, 14 und 11 Jahren, aus dem Dorfe Apornow (Kreis Fischhausen) in eine offene Stelle und ertranken. Vorgefunden wurden nach längerem Suchen zunächst die Mützen derselben an der offenen Stelle gefunden, und es gelang auch bald, die Leichen aus dem Wasser zu ziehen.

Sitzung, 26. Febr. Auf der Schiffschlaufen Verste wurde heute Nachmittag die Maschine in das deutsche Zorpedboot 350 eingesetzt. Das Jubiläumsboot, das sonach seiner Vollendung entgegengeht, wurde aus dieser Veranstaltung festlich geschmückt. (M. I.)

* Dem Bankier Wessphal zu Stolp ist der Charakter als Commerzienrath verliehen worden.

* Adolphsbach, 26. Februar. Der hiesige conservative Wahlschluß hatte bekanntlich eine Erklärung veröffentlicht, welche dahin ging, daß er für die bevorstehende Stichwahl zwischen dem social-

